

## Hilfskräfte verdienen mehr!

Verdutzt und dann verärgert reagierten die Hilfskräfte an der Philipps-Universität Marburg, als sie im vergangenen Herbst von ihrem Arbeitgeber in einer Email über die anstehende Lohnerhöhung für die Tarifbeschäftigten des Landes informiert wurden. Denn sie selbst sollten ein weiteres Mal leer ausgehen. Dies war der Startpunkt einer Mobilisierung von Hilfskräften an hessischen Hochschulen, die inzwischen zur ersten Gehaltserhöhung für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte seit 15 Jahren geführt hat: Im Mai verabredete die Konferenz hessischer Universitätspräsidenten (KHU) die Vergütungen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte erstmals seit 1993 anzuheben. 2004 hatte das Land die Regelung der Hilfskraftvergütung auf die Hochschulen übertragen. Was der Frankfurter Universitätspräsident Rudolf Steinberg „eine überfällige Anpassung“ nennt, stößt bei den Betroffenen aber nicht auf reine Begeisterung, denn erstens fällt die Lohnerhöhung bescheiden aus und zweitens kämpfen sie mit einer Reihe weiterer Probleme.

Hilfskräfte, das sind fortgeschrittene Studierende, die ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen in Tutorien unterrichten, Forschung und Lehre unterstützen oder in Bibliotheken und Computersälen arbeiten. Im Jahr 2003 gab es in Hessen rund 8.000 dieser studentischen Hilfskräfte und damit ebenso viele wie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. An den Universitäten sollen sie ab dem Wintersemester 2008/2009 8,50 Euro statt bisher 8,02 Euro erhalten. Zum anderen gibt es wissenschaftliche Hilfskräfte, die das Studium abgeschlossen haben und damit die gleiche Einstellungs voraussetzung wie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen. Auch ihre Arbeit entspricht in der Praxis der Tätigkeit der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber anders als diese haben sie keinen Anspruch auf tarifliche Leistungen. Im Jahr 2006 gab es in Hessen 327 wissenschaftliche Hilfskräfte, jedoch ist ein erheblicher Teil der Studiengebührenmittel in die Vermehrung dieser ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse geflossen. Der Stundensatz soll von 12,69 Euro auf 13,50 Euro steigen. Für die neue Gruppe der studentischen Hilfskräfte, die über einen Bachelor-Abschluss (B.A.) verfügen, sind künftig 10 Euro pro Stunde vorgesehen.

Mit dem Beschluss der Universitätspräsidenten wird etwa ein Drittel der Inflation seit der letzten Lohnerhöhung ausgeglichen. Dies entspricht einer jährlichen Steigerung um gerade mal 0,38 Prozent. „Hilfskräfte haben mehr Anerkennung verdient“, kommentierte die GEW Hessen in einer Pressemitteilung. Auch ist die Lohnerhöhung in sich nicht schlüssig. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum jemand im neunten Semester kurz vor seinem Diplom weniger verdienen soll als jemand im siebten Semester, der gerade seinen Bachelor gemacht hat“ kritisierte etwa David Malcharczyk vom AStA der Frankfurter Goethe-Universität in der Frankfurter Rundschau. Für die von der Uni Marburg bereits eingestellten Hilfskräfte mit B.A.-Abschluss bedeutet die Lohnerhöhung im Oktober gar eine Lohnkürzung, bekommen sie doch bisher 31 Cent mehr je Stunde.

Neben der Lohnhöhe haben Hilfskräfte in Hessen mit weiteren Widrigkeiten zu kämpfen. Wie eine im Jahr 2004 im GEW-Büro für Hochschule und Forschung in Marburg erarbeitete Studie feststellte,<sup>1</sup> bestehen bei den Arbeitsbedingungen der Hilfskräfte zahlreiche Probleme, viele haben sogar noch weitere Jobs, um sich finanziell über Wasser zu halten. Da Hilfskräfte nicht unter den Geltungsbereich der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes fallen, werden ihre Arbeitsbedingungen einseitig vom Arbeitgeber festgelegt, wenn nicht gesetzliche Minimalstandards greifen. So haben Hilfskräfte im Gegensatz zu den anderen Beschäftigten an der Hochschule keinen Anspruch auf die tariflichen sechs Wochen Jahresurlaub – sondern nur auf vier. Zuschläge für Sonntags- oder Nacharbeit werden nicht gezahlt, so dass die Bibliotheken in diesen Zeiten zunehmend auf die unschlagbar günstigen studentischen

---

<sup>1</sup> Regelman, Ada (2005): „Man muss es sich leisten können...“ Studentische Hilfskräfte: Wer sie sind, wie sie arbeiten, was sie wollen. Eine empirische Studie, herausgegeben vom Hauptvorstand der GEW, Frankfurt/Main.

Hilfskräfte zurückgreifen. Da studentische Hilfskräfte nicht vom Personalrat vertreten werden, ist auch das Wissen um die gesetzlichen Ansprüche wenig verbreitet, so dass viele Hilfskräfte praktisch um ihren Urlaub und um die auch ihnen zustehende Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gebracht werden.

Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick nach Berlin, wo seit 1981 ein eigenständiger Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Hochschulen besteht. Mit Stundenlöhnen von 10,98 an allen Hochschulen sind die Einkommen auf Stundenbasis deutlich höher als in den anderen Bundesländern, zudem sieht der Tarifvertrag eine reguläre Mindestarbeitszeit von 40 Monatsstunden vor. Das Landeshochschulgesetz verlangt eine Vertragslaufzeit von in der Regel zwei Jahren. Hinzu kommt, dass ein eigenständiger Personalrat die Interessen der studentischen Hilfskräfte vertritt. Aufbauend auf der Marburger Hilfskraftstudie haben GEW und ver.di nun auch die Arbeitsbedingungen der studentischen Hilfskräfte an den Berliner Hochschulen untersucht.<sup>2</sup> Der Vergleich der Ergebnisse der beiden Studien erlaubt aufschlussreiche Erkenntnisse über die Qualität der Arbeitsverhältnisse – unter der Bedingung tarifvertraglicher und personalvertretungsrechtlicher Regulierung in Berlin einerseits und bei weitgehender Arbeitgeberwillkür in Marburg (und anderswo) andererseits.

Der Blick auf die monatliche Arbeitszeit zeigt, dass die Arbeitsverhältnisse in Berlin einen deutlich höheren Umfang haben: Während in Marburg ein Drittel der Stellen weniger als 20 Arbeitsstunden im Monat aufweist, ist der Anteil in Berlin mit nur einem Prozent verschwindend gering. Die Beschäftigung zu 40 Stunden ist hier die Regel, ein Viertel der Beschäftigten arbeitet sogar länger, während dieser Anteil in Marburg nur neun Prozent beträgt. Noch krassere Unterschiede werden bei den Vertragslaufzeiten deutlich: In Marburg dominieren Arbeitsverhältnisse mit einer Befristung von bis zu sechs Monaten mit 87 Prozent, Verträge mit mehr als einem Jahr Laufzeit kommen mit nur sieben Prozent kaum vor. In Berlin hingegen sind Arbeitsverträge über mehr als ein Jahr mit 69 Prozent der Regelfall, während Verträge mit maximal sechs Monaten Laufzeit mit acht Prozent sehr selten sind.

Offensichtlich vereinen die Arbeitsverhältnisse in Marburg die typischen Merkmale prekärer Beschäftigung: Die Kombination aus niedrigen Stundenlöhnen und geringen Monatsarbeitszeiten führt zu geringen Einkommen. Die kurzfristigen Arbeitsverträge erlauben keine mittelfristige Planung. Im Gegensatz dazu weisen die Arbeitsverhältnisse in Berlin wesentliche Merkmale von geregelten Beschäftigungsverhältnissen auf: Meist führen sie zu einem verlässlichen und substantiellen Beitrag zum Lebensunterhalt. Somit ist es auch nicht überraschend, dass die Hilfskräfte die Bedeutung ihres Entgelts deutlich unterschiedlich einschätzen: Während dies in Marburg für 27 Prozent der Befragten den Charakter eines Taschengeldes hat und lediglich acht Prozent die volle Finanzierung ihres Lebensunterhalts ermöglicht, finanzieren sich in Berlin fast die Hälfte voll durch ihre Stelle.

Die Marburger Studie zieht den Schluss, dass aufgrund der schlechten Arbeitsverhältnisse nur Studierende aus finanziell gut gestellten Elternhäusern Hilfskraftstellen antreten können. Denn diese sind nicht auf einen substantiellen Beitrag zur Finanzierung des Lebensunterhalts angewiesen, wie es im Rahmen des Berliner Modells möglich ist. Doch nicht nur die Hilfskräfte profitieren von besseren Arbeitsbedingungen, denn solche sind eine wesentliche Voraussetzung für hochwertige Forschung und Lehre. Zudem ist es nicht wünschenswert, dass sich der Kreis der BewerberInnen auf Hilfskraftstellen auf diejenigen reduziert, die nicht mehr als ein „Taschengeld“ benötigen.

Immer mehr Hilfskräfte in Hessen hinterfragen denn auch ihre Arbeitsbedingungen. So berichtete die FAZ am 5. Mai von einer Versammlung von Hilfskräften an der Universität Frankfurt, dass diese „oft das Zwei- bis Dreifache der vertraglich vorgesehenen Stunden arbeiten müssten. „Das hat auch damit zu tun, dass es zu wenig Hiwis gibt. Ich habe Tutorien

---

<sup>2</sup> Moßner, Sandra/Zimmermann, Katja (2007): Die Situation studentischer Beschäftigter an Berliner Hochschulen. Ergebnisse einer Umfrage im Jahr 2006, herausgegeben von der GEW Berlin und ver.di Berlin-Brandenburg, Berlin.

mit 200 Teilnehmern erlebt', sagt [Tobias] Hering [GEW-Kollege und einer der Sprecher der Hiwi-Initiative in Frankfurt]. Vertragsklauseln wie ‚Vergütung wird nur für tatsächlich geleistete Arbeit vereinbart‘ suggerierten, dass die Beschäftigten keinen Anspruch auf Zahlungen bei Urlaub oder Krankheit hätten. ‚Viele Hiwis kennen ihre Rechte gar nicht‘, sagt Hering. Das müsse geändert werden. Zudem seien die Hilfskräfte der Willkür der Hochschullehrer ausgeliefert. ‚Schließlich kann dein Professor ja auch dein Prüfer sein.‘ Viele Hiwis würden unbezahlte Überstunden hinnehmen, weil sie auf eine Verlängerung des oftmals auf ein Semester befristeten Vertrags hofften. Auch ein Kündigungsschutz sei quasi nicht vorhanden. [...] Ziel der Initiative ist, dass die Hilfskräfte einen Tarifvertrag erhalten, wie es in Berlin der Fall ist. Zudem fordern die Studenten eine Personalvertretung und höhere Löhne. Sie verweisen auf die Fachhochschule Frankfurt: Dort verdienen Hiwis seit September 2007 neun Euro je Stunde.“ Die Gewerkschaften, die derzeit mit der Stiftungsuniversität Frankfurt über einen eigenen Tarifvertrag verhandeln, unterstützen die Forderungen der Frankfurter Hilfskräfte.

Dass Hilfskräfte in der Lage sind gemeinsam mit AStA und Gewerkschaften Druck zu machen, zeigt sich daran, dass die Lohnerhöhung in Kassel schon seit April in Kraft, in Marburg und Frankfurt für Oktober beschlossene Sache ist. Dass die beschlossene Erhöhung auch wirklich von allen Universitäten umgesetzt wird und die wünschenswerte Verbesserung der prekären Arbeitsverhältnisse wird entscheidend davon abhängen, ob die Hilfskräfte bereit sind, sich mit und in den Gewerkschaften für ihre Interessen einzusetzen. Dies gilt ganz besonders auch für die Fachhochschulen, an denen der skandalös niedrige Satz von 5,58 Euro – abgesehen von der FH Frankfurt – unverändert bleiben soll. Eins steht jedenfalls fest: Ohne die engagierte und kompetente Arbeit der Hilfskräfte wäre der Hochschulbetrieb kaum aufrecht zu erhalten.

Weitere Informationen:

<http://hilfskraftinitiative.blogspot.de/>

Andreas Staets, Hochschulreferent der GEW-Hessen

Roman George, wissenschaftliche Hilfskraft an der Marburger Universität und Mitglied im Hauptpersonalrat beim Wissenschaftsministerium.